

PRESSEMITTEILUNG

Tierheimen effizient helfen

Tierheime stoßen immer häufiger an ihre Grenzen, sie brauchen schnelle und unbürokratische Unterstützung. Hierzu erklärt der tierschutzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Stefan Weber:

„Das Phänomen der Tiersammelsucht ist im letzten Jahr vermehrt auch in Schleswig-Holstein aufgetreten. Fälle wie in Kiel wo 160 Katzen, Meerschweinchen und Kaninchen aus einer Wohnung geholt und auf die Tierheime im Land verteilt wurden oder in Schleswig (50 Hunde) und Lübeck (60 Tauben) kommen leider immer häufiger vor. Die Tierheime sind mit einer solchen Anzahl von Aufnahmen überfordert. Die Unterstützung durch die Kommunen reichen in solchen Fällen oftmals nicht aus und können somit für die Tierheime existenzgefährdend wirken. Hinzu kommt, dass diese in Obhut genommenen Tiere oft aus katastrophalen Verhältnissen kommen, deshalb sehr pflegebedürftig sind und hohe Tierarztkosten verursachen. Eine Vermittlung ist häufig sehr schwer, da Tiere aus Animal Hoarding Haushalten viel Aufmerksamkeit benötigen, um wieder in normalen Verhältnissen leben zu können.

Die Vermittlung von Tieren, vor allem wenn sie aus desolaten Verhältnissen ins Tierheim aufgenommen werden, wird immer schwieriger, so dass diese selten innerhalb der gesetzlichen Frist von 28 Tagen vermittelt werden können. Hier benötigen die Tierheime eine finanzielle Unterstützung über die 28 Tage hinaus.

Der Presseberichterstattung vom 7.01.2020 ist zu entnehmen, dass nur ein Bruchteil der Fördermittel des Landes für Investitionen in Tierheimen tatsächlich in Anspruch genommen wird. Die Tierheimbetreiber beklagen vermehrt zu hohe bürokratische Hürden für die Antragstellung für die Mittel.“

In einem SPD Antrag zur nächsten Landtagssitzung fordern wir die Landesregierung auf:

- die Richtlinie zur Förderung von Investitionen in Tierheimen zu entbürokratisieren,
- gemeinsam mit den Kommunen einen Weg zu finden, um eine dauerhafte Finanzierung der Unterbringung der Tiere in den Tierheimen über die 28-Tage-Frist hinaus zu gewährleisten und dem Umwelt- und Agrarausschuss bis zur Sommerpause über die Ergebnisse der Gespräche zu berichten

- sowie schnelle unbürokratische, auch finanzielle Hilfen für Tierheime bei Aufnahme von Tieren aus sogenannten Animal hoarding zu gewährleisten.

